

Mischehenregelung der Öffentlichkeit vor. Das Dokument wurde überwiegend positiv beurteilt. In der Tat interpretiert es die päpstliche Weisung ziemlich extensiv, übrigens in weitgehender Übereinstimmung mit dem deutschen Text, ohne aber wie dieser ins juristische Detail zu gehen. Die Dispensvollmacht für die Schließung einer bekenntnisverschiedenen Ehe wird auch hier an die Seelsorger delegiert, während der Ortsordinarius von der Formpflicht dispensiert. Im Zusammenhang mit den religiösen Verpflichtungen für die Kinder ist — unseres Wissens zum erstenmal in einem derartigen Schriftstück — nicht nur von „katholischer“ und „nichtkatholischer“, sondern von „christlicher“ Erziehung die Rede.

### Ökumenismus „in einem Lande“

Die Bischofskonferenz hat die Arbeit an der *Mischehenregelung* mit ausgedehnten Konsultationen verknüpft und dabei indirekt — auch das ein Novum, jedenfalls für die Schweiz — evangelischen Instanzen und Einzelpersonen einigen Anteil an der Entstehung des Dokuments eingeräumt. Der vom Evangelischen Kirchenbund und von der Bischofskonferenz bestellten schweizerischen „Gesprächskommission“ kommt bei solcher Behandlung der ökumenischen Probleme eine wachsende Bedeutung zu. Da sich die katholischen Mitglieder der Kommission des Vertrauens ihrer kirchlichen Oberen erfreuen, besteht wenigstens nach dieser Seite hin eine gute Kommunikation zur Entscheidungsinstanz. Im Jahr 1970 sind die von der Gesprächskommission erarbeiteten „Richtlinien und Empfehlungen für das gemeinsame Beten und Handeln der Kirchen in der Schweiz“ erschienen. In Vorbereitung befindet sich gegenwärtig ein Text über die „kirchenrechtliche Anerkennung der in den Evangelisch-reformierten Landeskirchen gespendeten Taufe durch die katholische Kirche“. Ein weiteres Traktandum hat sich aus dem „Zürcher Appell“ für die Interkommunion vom Dezember 1969 ergeben. Ein ökumenischer Arbeitskreis hatte damals den Besuch des Kardinals *Willebrands* in Zürich zum Anlaß genommen, sowohl dem Gast aus Rom als auch den schweizerischen Autoritäten beider Konfessionen einen eindrücklich formulierten Text vorzulegen, in welchem die Möglichkeit gemeinsamer Abendmahlsfeiern, mindestens für einzelne Gruppen, gefordert wurde. Während das Sekretariat für die Einheit der Christen sich ablehnend verhielt, setzte sich die schweizerische Gesprächskommission das Ziel, dieses Anliegen gründlich zu prüfen. Das erwies sich im Lauf des Jahres 1970 schon deshalb als dringend, weil nun an den verschiedensten Orten „joint celebrations“ gefeiert wurden und die Gefahr einer regel-

losen „liturgischen Selbsthilfe“ hervortrat. Besonderes Aufsehen erregte vor kurzem die *Interkommunion*, die im aargauischen Spreitenbach von der reformierten und der katholischen Kirchengemeinde durchgeführt wurde, und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf die in hohem Maß verwirklichte Dienstgemeinschaft der beiden Bevölkerungsteile in dieser neuen, explosiv aufstrebenden Industriesiedlung. Mit bloßem Protest oder gar Verbot scheinen die kirchlichen Behörden solche Vorstöße nicht mehr auffangen zu können. Das sozialpolitische Engagement der Ortsgemeinden — namentlich auch in der Gastarbeiterfrage — schafft immer stärkere Querverbindungen, die dem Kirchenvolk und besonders der jüngeren Generation wichtiger sind als dogmatische Unterscheidungen.

In dieser Situation kommt der geplanten Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der christlichen Kirchen der Schweiz“ große Bedeutung zu. Während die bisherigen ökumenischen Kontakte bilateral angelegt waren und nur die im Evangelischen Kirchenbund zusammengefaßten Kirchen die römisch-katholische und die christ- oder alt-katholische Kirche einbezogen hatten, soll nun eine auch von den Freikirchen bis hin zur Heilsarmee mitgetragene Instanz geschaffen werden, die zwar den zweiseitigen Dialog nicht aufheben, aber doch möglichst viele Probleme in allgemeinverbindlicher Weise behandeln würde. Die Frage nach den realen Kompetenzen der Arbeitsgemeinschaft ist freilich noch durchaus offen. Auf protestantischer Seite zeigt sie sich mit der ganzen strukturellen Unsicherheit und Umständlichkeit verknüpft, die sich aus der Autonomie der Landeskirchen und der Schwäche des Kirchenbundes ergibt. Es muß sich zeigen, ob die Notwendigkeit eines ständigen bevollmächtigten Verkehrs mit den anderen Kirchen der Zentrale einen festeren Stand gegenüber ihren eigenen Mitgliedern geben kann. Vorläufig sieht es nicht so aus, als wollte der Kirchenbund diese Chance nutzen; gerade sein Vorstand begegnet dem Projekt mit einer Zurückhaltung, die dem passiven Widerstand nahekommt. Dagegen ist die Bischofskonferenz schon seit längerem zu einer positiven Stellungnahme gelangt, wie sich denn hier die fortschrittlichen Kräfte gegenüber dem konservativen Zentrum in Fribourg (Kardinal *Journet*, Weihbischof *Mamie*) im ganzen durchsetzen. Die kleineren Kirchen sind an einem gemeinsamen Forum ohnedies interessiert. Es wäre verfrüht, die Entstehung eines „schweizerischen Christenrates“ vorauszusagen. In einer Zeit, da vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf kaum mehr ökumenische Impulse im eigentlichen Sinn auf die schweizerische Nachbarschaft ausgehen, wäre indes eine solche Entwicklung besonders erwünscht.

## Zeitberichte

### *Diagnose des geteilten Deutschlands*

Am 15. Januar 1971 erschien die Bundestagsdrucksache VI/1690 „Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1971“. Diese Materialien im Umfang von 400 Seiten DIN-A 4 wurden von einem völlig unabhängig arbeitenden Wissenschaftlerteam unter Leitung des Bielefelder Professors *P. Ch. Ludz* verfaßt. Auftraggeber war der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, *E. Franke*.

Diese Bundestagsdrucksache wurde in aller kürzester Zeit zu einem *Bestseller*. Obwohl die erste Auflage schon 10 000 Stück betrug, war diese in zwei Tagen restlos vergriffen. Die Nachfrage ist indessen so gestiegen, daß bis Mitte Februar ein Nachdruck von 100 000 Exemplaren veranlaßt ist. Außerdem ist vorgesehen, daß einzelne Kapitel als gesonderte Broschüren erscheinen, und es werden auch

Übersetzungen ins Englische und Französische erwogen. Neben der Auflagenhöhe ist aber noch ein weiterer Rekord hervorzuheben. Diese qualitativ gute Arbeit wurde nach relativ kurzen abklärenden Vorgesprächen in nur sieben Monaten geleistet. Wenn auch die einzelnen Mitwirkenden schon bisher Spezialisten für DDR-Forschung waren, so gab es doch noch beträchtliche Schwierigkeiten vielfältiger Art zu überwinden, um aus den bisher nebeneinander arbeitenden, von unterschiedlichen Methoden und Vorstellungen ausgehenden Wissenschaftlern ein Team zu schaffen. Das Wissenschaftlerteam stand mit einem „Politischen Gesprächskreis“ von Politikern und verantwortlichen Ministerialbeamten in Verbindung. Zu diesem Kreis gehörten Kanzlerberater *L. Bauer* (als Leiter), *W. Dorn*, *R. Jochimsen*, *C. H. Neukirchen*, *W. Ritter*, *U. Sahn*, *I. Spittmann*, *E. G. Stern*, *J. C. Weichert*.

### *Ein erster fundierter Teilvergleich*

22 Jahre nach Entstehung der deutschen Zweistaatlichkeit wurde *erstmalig* eine fundierte vergleichende Bestandsaufnahme des Ist in wichtigen Teilbereichen vorgelegt, die sich durch strenge Sachlichkeit, wissenschaftliches Niveau und den rigorosen Verzicht auf entfremdende Polemik und auf politische Werturteile auszeichnet. Die Materialsammlung muß man als eine wertende Analyse charakterisieren, denn eindeutige Tatbestände werden deutlich, vielfach mit anschaulichen Vergleichen hervorgehoben. Bei der Interpretation haben die Autoren den empirisch *vertretbaren* Weg gewählt, sich auf wenige Werturteile zu beschränken, und zwar auf solche, die in beiden Staaten mehrheitlich akzeptiert werden dürften: eine sachlich problematische, wenn auch annehmbare Begrenzung.

Ludz hat in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit als führender DDR-Spezialist schon seit Jahren mit jenen Maximen der Totalitarismus-Forschung gebrochen, die unter den ideologischen Vorzeichen des Kalten Krieges vielfach auf einen blinden Antikommunismus hinausliefen. Unter dem Eindruck der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) hatte Ludz schon bald begonnen, sich von simplen Vergleichen zwischen Faschismus und Kommunismus abzuwenden und die östlichen Herrschaftssysteme differenzierter zu sehen.

Die *beteiligten Wissenschaftler bekennen* sich zur Methode des „kritischen Rationalismus oder, wie manche sagen, kritischen Positivismus, der in empirischer Deskription und Analyse seine Legitimation findet“. Darin gründet die Auswahl der Vergleiche und die offenkundige Vernachlässigung geistes- und freiheitspolitischer Konfrontation einschließlich der *weltanschaulichen* Fragen. Mit den Materialien wird die Darstellung konkreter gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse angestrebt mit *dem Schwergewicht auf ökonomischen Daten*. Das Wissenschaftlerteam verschweigt jedoch nicht die tiefgreifenden Unterschiede und die politische Gegensätzlichkeit der beiden deutschen Staaten und Gesellschaftsordnungen. Die Wissenschaftler stellen nur dort partielle Übereinstimmung fest, wo diese tatsächlich gegeben ist.

In einem Vorwort stellt Bundesminister Franke klar, daß mit den vergleichenden Darstellungen nicht die politischen Ordnungen miteinander gleichgesetzt würden. Franke umreißt im Vorwort die bekannte Leitlinie der Deutschlandpolitik der Bundesregierung: „Wenn der Friede in Europa sicherer werden soll, müssen die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihr Verhältnis zueinander friedlich vertraglich regeln.“

Den vergleichenden Darstellungen ist das Einleitungskapitel „Die beiden deutschen Staaten in der Welt und ihr Verhältnis zueinander — Aspekte und Tendenzen“ vorangestellt. Aus diesem Kapitel ergibt sich u. a., wie sehr die DDR mit dem kommunistischen Machtbereich verflochten ist und in welchem Umfang die BRD in der westlichen Staatengemeinschaft integriert ist. Aus den nüchternen Angaben geht hervor, auf wie vielen Gebieten die DDR den *innerdeutschen Dialog* gedrosselt hat und in welchem Umfang und mit welchen Mitteln die DDR in der *Dritten Welt* um einen Durchbruch der völkerrechtlichen Anerkennung sich bemüht.

Die anderen Kapitel gelten den Themen Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, Produktion und Produktivität, Hauptfaktoren der Infrastruktur, Einkommen, Verbrauch und Lebenshaltung, Hauptaspekte der sozialen Sicherung, Bildung und Ausbildung und schließlich die Situation der Jugend.

Die Materialien umfassen verständlicherweise noch keineswegs alle Lebensbereiche. Es war nur ein gründlicher Beginn in *Teilbereichen*. Mehr war auch in den sieben Monaten kaum zu leisten gewesen. Ausgelassen wurden z. B. folgende äußerst wichtige Gebiete: der Vergleich der Herrschaftsordnung, der Wirtschaftsordnungen und der Rechtssysteme, das Verhältnis von Staat und Kirche. Auch das weite Feld der Information, der Massenmedien, der Meinungsbildung fand noch keine Berücksichtigung. Erwähnenswert ist auch, daß im politischen Einleitungskapitel keineswegs alle „Aspekte und Tendenzen“ aufgeführt wurden. Ausgeklammert wurden auch solche schwierigen Probleme wie: die östlichen und westlichen Begriffe von Nation, Demokratie, Legitimation, Nichteinmischung, Koexistenz. Ebenso wurde ausgelassen die Haltung beider Regierungen zur Einheit der Nation, zu möglichen Friedensvertragsmodellen, die Aufführung von Bestimmungen, wonach der jeweils andere Teil des ehemaligen Reiches als Inland bzw. als Ausland angesehen wird usw.

### *Unterschiede und Parallelen*

In dem von ihnen behandelten Problemen ist es dem Wissenschaftlerteam unzweifelhaft gelungen, ihre Absicht zu verwirklichen, „Unterschiede, Parallelitäten und Ähnlichkeiten“ zwischen der DDR und der BRD aufzuzeigen.

Die Experten-Kommission hat im Einleitungsabschnitt drei Axiome herausgestellt, die heute noch zwischen beiden Staaten gemeinsam sind:

„Beide deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sind leistungsorientiert.“

Beide Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sind auf Wachstum und Modernisierung gerichtet.

Beide Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme werden durch die steigende Bedeutung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Ausbildung charakterisiert.“

Aus der Fülle der Angaben seien nur einige wiedergegeben. Anzumerken ist, daß gerade bei Zahlenvergleichen zu bedenken ist, daß manche Zahlen nur unzureichend alle Zusammenhänge in ihrer vollen Tiefe gegebene Unterschiede oder Ähnlichkeiten sichtbar machen können, da die gegebene Vielfalt des Lebens in unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen nur annähernd in Zahlen voll adäquat erfaßt- und vergleichbar gemacht werden kann.

Im ersten Kapitel der Materialien fällt auf, wie sehr sich doch noch die *gesamtdeutschen Vorbehaltsrechte* der Siegermächte ähneln. Sowohl im Deutschlandvertrag von 1952 haben sich die drei westlichen Siegermächte mit der

BRD als auch die Sowjetunion mit der DDR in dem vergleichbaren Souveränitätsvertrag von 1955 in der Substanz zu alliierten Vorbehaltsrechten in den ganz Deutschland betreffenden Fragen bekannt.

### *Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur*

Unter der Überschrift „Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur“ werden u. a. erwähnt: Die *Bevölkerungsdichte* der BRD betrug 1969 245 Einwohner auf den Quadratkilometer (DDR 158). In der BRD lebten auf einer mehr als doppelt so großen Fläche (248 571 qkm — DDR 108 173 qkm — Flächenverhältnis 100:44) mehr als dreimal soviel Einwohner wie in der DDR (BRD 60,84 Millionen; DDR 17,076 Millionen). In der BRD und der DDR besteht ein Trend zur Frühehe und zur Familienplanung. In beiden Staaten sind die *Geburtenziffern rückläufig* und zählen die Raten des natürlichen Bevölkerungswachstums zu den geringsten der Welt.

In der DDR werden die Wirkungen der schwachen Bevölkerungsentwicklung, der ungünstigen Altersstruktur und der fehlenden Zuwanderung auf das Erwerbspotential mehr als ausgeglichen durch eine wesentlich intensivere Eingliederung nahezu aller Bevölkerungsgruppen in das Erwerbsleben. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen und Rentner ist in der DDR weit höher als in der BRD. Die Erwerbsquote in der DDR ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Sie war 1969 mit 50,9% eine der höchsten der Welt (BRD 44,4%).

Die Versorgung der BRD mit *hochqualifizierten Erwerbspersonen* war insgesamt günstiger als die der DDR. Ausschlaggebend waren dafür die innerdeutschen Wanderungen, durch die die DDR in der Nachkriegszeit etwa ein Drittel ihrer Akademiker an die BRD verloren hat. Inzwischen hat aber die Ausstattung der DDR mit Hochqualifizierten diejenigen der BRD „sehr wahrscheinlich überholt“. Der Anteil der Frauen unter den hochqualifizierten Erwerbstätigen war 1964 in der BRD geringer als in der DDR (23% gegenüber 28%). In der BRD waren 1964 von 1000 Mädchen und Frauen im Alter von 14 bis 65 Jahren 22 Hoch- bzw. Fachschulabsolventen. Im gleichen Jahr waren es in der DDR bereits 27 von 1000.

Das *wirtschaftliche Übergewicht* der BRD ist jedoch noch erdrückend. 1969 war die BRD das zweitgrößte Export- und Importland der Welt. Am Weltexport war sie mit 10, am Weltimport mit 8,8% beteiligt — die DDR lag dagegen jeweils nur bei 1,5%. Beide Staaten unterhalten bevorzugt Wirtschaftsbeziehungen zu Ländern ihres Bündnisystems. Fast 60% des Exportvolumens der BRD entfielen 1969 auf Bündnisländer (1958 nur 46,8%). An den Gesamtexporten der DDR waren 1969 die Länder des Comecon mit rd. 68% beteiligt. 42% des DDR-Exports gehen in die Sowjetunion, an Maschinen und Ausrüstungen sogar 60%. Allein 42,5% der Importe der DDR kamen 1966 aus der Sowjetunion. Die Sowjetunion liefert vor allem Rohstoffe.

Die einzigen geregelten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bestehen im innerdeutschen Handel, der ein Jahresvolumen von über vier Milliarden Mark erreicht hat. Nach der Sowjetunion ist die BRD der zweitwichtigste Handelspartner der DDR (10% des Außenhandelsumsatzes). Für die BRD ist das innerdeutsche Handelsvolumen aber relativ unbedeutend (weniger als 2% des gesamten Außenhandels). Als Handelspartner der BRD steht die DDR nach Dänemark und vor Japan und Norwegen auf dem 11. Platz.

Die Materialien offenbaren, daß die unvermeidlichen wirtschaftlichen Folgen der Teilung in der DDR weitgehend überwunden wurden. Die Unausgewogenheiten und Disproportionen, die noch vor 10 Jahren zwischen einzelnen Industriezweigen bestanden, wurden nahezu ausgeglichen. Die größten Unterschiede, aber auch die erstaunlichsten Gemeinsamkeiten ergeben sich in der Industrie. In der Struktur der Industrie gibt es zwischen beiden deutschen Staaten keine großen Unterschiede. Baumaterialien, Elektrotechnik, Schiffbau, Schuh- und Pelzwaren, Zellstoff und Papier, Polygraphische Industrie sowie Glas und Keramik haben nahezu die gleichen Produktionsanteile. In der BRD waren die Anteile der Chemie, der Metallurgie und der metallverarbeitenden Industrie höher, in der DDR dagegen: Energie, Bergbau, Holz- und Kulturwaren, Textilien, Bekleidung. In bezug auf das Tempo der Produktivitätssteigerung ist die Rangordnung der Wirtschaftsbereiche in der BRD und der DDR nahezu völlig gleich, wenn man die Landwirtschaft außer Betracht läßt. Auch in der Rangordnung der Kapitalintensitäten der einzelnen Industriezweige sowie in der volkswirtschaftlichen Rangordnung der 16 Industriezweige in den Spitzenrängen gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung.

Der Anteil der Industrie an der Gesamtwirtschaft betrug in der DDR 51%, in der BRD nur 47%. In der BRD betrug der Anteil des Handels am Brutto-Sozialprodukt 13,2% (DDR nur 9,3%). In der Landwirtschaft ist es wieder umgekehrt. In der DDR erbringt die Landwirtschaft 9 bis 10% der gesamten Wirtschaftsleistung (BRD nur 4%). Nicht nur die Industriestruktur, sondern auch die Verteilung der Beschäftigten auf die verschiedenen Industriezweige ist in der DDR heute der BRD ähnlicher als früher. Überraschend scheint zu sein, daß die staatliche Wirtschaftslenkung in der DDR keineswegs ein größeres Durchsetzungsvermögen besitzt als die Marktmechanismen, die in der BRD steuernd wirken. Die Strukturveränderungen zugunsten der aussichtsreichsten Industriezweige waren in der BRD stärker. Das Programm der Chemisierung, das in der DDR seit 10 Jahren mit Eifer verfolgt wird, hat trotz aller staatlichen Förderungsmaßnahmen weniger bewirkt als die Marktkräfte in der BRD.

### *Plan- und Marktwirtschaft*

Der niedrigere Produktionswert der DDR-Industrie ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zunächst ist einmal der für die *Planwirtschaft* blamable Zustand auffällig, daß der Ausnutzungsgrad der vorhandenen Anlagen nur 80% beträgt (BRD 91%). Auch die „gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität“ (Brutto-Inlandproduktion bezogen auf die Zahl der im Inland beschäftigten Personen, einschließlich Selbständigen) ist in der BRD um die Hälfte höher als in der DDR. Nur in den letzten Jahren ist die Arbeitsproduktivität in beiden Teilen Deutschlands gleich schnell gewachsen. Der Rückstand der DDR in der — nach Lenin entscheidenden Frage — Arbeitsproduktivität liegt noch bei etwa 28%. Der Rückstand in der Industrie der DDR betrug 1968 gegenüber der BRD, was die Kapitalintensität angeht, rund 3 Jahre und was die Arbeitsproduktivität angeht, rund 7,5 Jahre.

In der Landwirtschaft waren im letzten Jahrzehnt die Zuwachsraten gleich. Die DDR erzeugt aber pro Einwohner 19% mehr an Lebensmitteln als die BRD. Ihre Bevölkerung kann sich zu 85%, die der BRD aber nur zu 77% aus eigener Scholle versorgen.

Durch die *Kollektivierung der Landwirtschaft* wurde die

Struktur grundlegend verändert. Die DDR ist ein Staat mit landwirtschaftlichen Großbetrieben geworden. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt in den LPG bei 550 Hektar. Die Bundesrepublik dagegen ist ein Land des privaten Kleinbesitzes, die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes liegt bei 11 Hektar. Obwohl die Bedingungen für den Einsatz von Großmaschinen recht günstig sind, ist die BRD im Maschinenbesatz pro Hektar weiterhin überlegen. Auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche standen mehr als doppelt soviel Schlepper-Motoren-PS und auf 10 000 Hektar Getreidefläche viermal soviel Mähdrescher zur Verfügung wie in der DDR. Die in den Materialien dargestellte Entwicklung von Wirtschaft und Landwirtschaft zeigt deutlich, daß das Wirtschaftssystem der DDR nicht zuletzt wegen des faktisch existierenden Primats einer Doktrin weniger leistungsfähig ist. Der *Abstand von Leistung und Lebensstandard* zwischen BRD und DDR hat sich im letzten Jahrzehnt nicht verringert, er ist sogar in vieler Hinsicht größer geworden. Relativ gleichmäßig hat sich das Brutto-Sozialprodukt entwickelt. In der BRD ist es von 1960 bis 1969 jährlich um 4,8; in der DDR dagegen um 4,5% gewachsen. Da aber in diesem Zeitraum die Bevölkerung der BRD um 10% zunahm, die der DDR aber um 1% abnahm, nahm das Brutto-Sozialprodukt dort zwar zu, aber nicht nur infolge höherer Leistung je Erwerbstätigen, sondern infolge der Erschließung neuer Arbeitskräfte. Die Produktivität je Arbeitskraft in allen Wirtschaftsbereichen ist seit 1960 in der BRD um 48, in der DDR aber nur um 43% gewachsen.

Die Einkommen der Bevölkerung haben sich in den letzten 10 Jahren weit auseinanderentwickelt. Die Nettolöhne und -Gehälter sind von 1960 bis 1969 in der DDR um 30, in der BRD dagegen um 86% gestiegen. Diese Differenz wird jedoch dadurch etwas abgemildert, daß sich inzwischen die Kaufkraft der DM verschlechtert hat. Die Kaufkraft der Mark im Verhältnis zur DM hat sich von 1960 bis 1969 aber von 76 auf 86 erhöht. Die Kaufkraft der Mark ist jedoch tendenziell im Vergleich zur DM um so geringer, je mehr sich der Verbrauch auf hochwertige Güter erstreckt.

Besonders drastisch sind die Einkommens-Unterschiede bei Rentnern (in der Regel nur  $\frac{1}{3}$  von den BRD-Sätzen). Beachtenswert ist allerdings, daß das Brutto-Einkommen der „Selbständigen und Genossenschaftsmitglieder“ 1965 mit 1190 Mark monatlich fast doppelt so hoch lag wie das der Arbeitnehmer (einschl. Lehrlinge und noch berufstätigen Rentner).

Hinsichtlich der Abzüge genießt der DDR-Bürger einige Vorteile. Für Steuern und Sozialbeiträge mußten in der DDR 1960 13,5% und 1969 13,4% des Bruttolohnes abgeführt werden. In der BRD stiegen in diesem Zeitraum die Abzüge von 15,7 auf 20,8%. Die Steuern sind in der DDR von 1960 bis 1969 von 6 auf 7,1%, in der BRD dagegen von 6,3 auf 10,3% gestiegen. Die Sozialbeiträge in der DDR sind in diesen Jahren von 7,5 auf 6,5% gesunken, in der BRD dagegen von 9,4 auf 10,5% des Bruttoverdienstes gestiegen.

Ein Vergleich der Lohnsteuertabellen zeigt übrigens, daß die DDR gar nicht so „sozial“ ist. Die wenig Verdienenden und die größeren Familien werden nämlich viel stärker belastet als in der BRD, die gut Verdienenden dagegen im Verhältnis zur BRD geringer. Wer z. B. als Lediger in der DDR 4000 Mark monatlich verdient, zahlt pro Monat 472,50 Mark weniger Steuern als in der BRD. Ein Familienvater mit 5 Kindern muß dagegen in der

DDR bei einem Einkommen von 1260 Mark 184,50 Mark Steuern zahlen, in der BRD aber nur 27,50 DM.

Die Zahl der Krankenhausbetten und die Anzahl der Ärzte (außer Zahnärzte), bezogen auf die Einwohnerzahl, ist in beiden Staaten annähernd gleich. Für Schwangere und Wöchnerinnen bestehen gleiche Schonfristen und auch weitgehend übereinstimmende Regelungen für den Einkommensausgleich. Die Staatsbeihilfe für jedes geborene Kind ist in der DDR jedoch bedeutend höher als in der BRD.

Das *Preisniveau* zwischen beiden Staaten ist sehr unterschiedlich. Die Preise für Grundnahrungsmittel (Kartoffeln, Mehl, Brot) sind in der DDR seit 1962 stabil geblieben bzw. wurden sogar etwas reduziert. 1969 lag das Preisniveau für Grundnahrungsmittel um 10 bis 50% unter dem BRD-Stand. Fleisch und Wurstwaren liegen auf dem gleichen Preisniveau wie in der BRD. Butter und Käse sind dagegen in der DDR etwas teurer. Importlebensmittel (Kaffee, Kakao, Schokolade, Südfrüchte) sind aber 100 bis 480% teurer. Möbel, Fahrräder, Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Fernsehempfänger waren in der DDR um 20 bis 100% teurer. Kleinbildfilme, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Sportartikel, Langspielplatten, Kino- und Theaterbesuch sind dagegen (zum Teil recht erheblich) billiger.

Bemerkenswert ist, daß in der DDR alle *Preise für Dienstleistungen* (elektrischer Strom, Gas, Verkehrstarife, Postgebühren, Friseur, Reinigung) sowie Mieten bedeutend niedriger sind als in der BRD. Für eine Eisenbahnwochenkarte braucht der DDR-Bürger nur 25% des Preises wie in der BRD zu zahlen. Mieten betragen meist nur ein Drittel des bundesdeutschen Niveaus. 1968 standen in der BRD je Einwohner weniger Wohnungen zur Verfügung als in der DDR. Die Wohnfläche je Einwohner lag jedoch in der BRD 1968 bei 23 qm, in der DDR bei 19 qm.

### *Industriebezogene Ausbildung*

Im Kapitel V „*Bildung und Ausbildung*“ wird der Trend bestätigt, der schon in einer früheren Bundestags-Drucksache im August 1969 aufgezeigt war (vgl. Herder-Korrespondenz, 23. Jhg., S. 417). Gemeinsam ist in beiden Staaten die Anerkennung des Faktors Bildung als Triebkraft für technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum. Die DDR hat in der Organisation des Bildungswesens einen Vorsprung. Die Planung der Berufsausbildung ist dort viel präziser, die Berufsausbildung selbst intensiver, und die Ausbildungsordnungen und Berufsbilder sind schon fast alle den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft angepaßt. (In der BRD liegt die Anpassungsquote nur bei 40%.) In der DDR ist die gesamte Bildungspolitik (mit allen Vor- und noch größeren Nachteilen) auf berufsbezogene Spezialisierung ausgerichtet. 1968 entfielen auf 1000 Einwohner in der DDR 17, in der BRD nur 14 Studenten. 1969 studierten in der BRD nur 9,8% aller Studenten technische Wissenschaften, in der DDR dagegen 29,7%. Obgleich sich das Einwohnerverhältnis BRD zu DDR 100:28 verhält, werden dort jährlich 7000 Techniker mehr ausgebildet als in der BRD.

Während in der Bundesrepublik die Materialien zum Bericht zur Lage der Nation nicht nur von den Koalitionsparteien, sondern auch von Oppositionspolitikern und der öffentlichen Meinung als wichtige seriöse Orientierungshilfe anerkannt wurden, kamen aus der DDR schrille Töne der Ablehnung. Die SED-Führung schätzt es nicht, aufgrund objektiver Zahlen und Tatbestände beurteilt zu

werden. Sie fühlt sich durch diese Materialien bei ihrer Betrachtung der Welt aus dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes gestört und befürchtet, daß dieser nüchterne Vergleich bei der DDR-Bevölkerung positive Resonanz findet. Gegen die einstigen Jahresberichte des Forschungsbeirates zu Fragen der Wiedervereinigung ist der SED die Entgegnung viel leichter gefallen.

Die Autoren der Materialien haben mit ihrer *vergleichenden Analyse in Teilbereichen* der deutschen Situation eine bedeutsame Leistung vollbracht. Die sachgerechte Information über die Lage in Deutschland und über das Verhältnis der beiden Staats- und Gesellschaftsordnungen zueinander kann zu einer realitätsbezogenen Orientierung bei der künftigen Gestaltung der Deutschlandpolitik vielleicht mehr beitragen als manch hochtrabende Rede. Keiner, der sich ernsthaft mit den Problemen im geteilten Deutschland beschäftigt, wird diese Materialien übersehen können.

Bundesminister Franke kündigte mit folgenden Worten im Vorwort der Materialien die Fortführung der eingelei-

teten Bemühungen an: „Der heute vorgelegte Vergleich soll und muß von Vertretern weiterer Wissenschaften so fortgesetzt werden, daß Stück für Stück jenes umfassende Bild entsteht, das wir zur Orientierung und zur Selbstbesinnung in der so schwierig gewordenen Lage im geteilten Deutschland brauchen. Für den erhofften Prozeß der Regelung des Zusammenlebens wie für die verstärkte geistige Auseinandersetzung, auf die wir zugehen, wird auch weiterhin die Wissenschaft ihren Beitrag leisten. Sie wird nüchtern und objektiv die Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Gegensätze auch der politischen Ordnungen, die grundverschiedenen Arten der politischen Willensbildung in beiden Teilen Deutschlands vergleichend beschreiben. Sie wird auch den Entstehungsprozeß dieser Ordnungen darstellen müssen; sie wird sich schließlich mit dem Geschichtsbewußtsein der politischen Führungskräfte in beiden Teilen auseinanderzusetzen haben. Auf solche Themen gerichtete Arbeiten sind teils schon angelaufen, teils für die nächsten Jahre geplant.“

## Revolutionäre Gärung im schwarzen Kontinent

### Zur nachkolonialen Entwicklung in Schwarzafrika

*Während politische und kirchliche Vorgänge in Lateinamerika seit Jahren auch in der Presse des deutschen Sprachraumes Schlagzeilen machen, erweckt Afrika bei uns immer noch den Eindruck eines fast vergessenen Kontinents. Die Anlässe für ausführliche Berichterstattung sind selten, und wenn aktuelle Ereignisse zwingen, sich mit Vorgängen im schwarzen Kontinent zu befassen, geschieht das oft ohne genügende Hintergrundkenntnis. Ein Beispiel dafür war auch die jüngste Auseinandersetzung um die Unterstützung afrikanischer Befreiungsbewegungen durch das Anti-Rassismus-Programm des Ökumenischen Rates (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 515 und S. 545). Zur Beurteilung von Einzelvorgängen und -bewegungen gehört eine differenziertere Kenntnis des kulturellen und sozio-politischen Kontextes. Um diesen Kontext geht es in dem folgenden Bericht, der einige charakteristische Gesetzmäßigkeiten im nachkolonialen Afrika behandelt und sie in ein politisch-gesellschaftliches Gesamtbild zu bringen sucht. In einem zweiten Teil, den wir im nächsten Heft veröffentlichen werden, soll dann speziell auf die politischen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, auf ihre Aktionen und Programme und auf ihren unterschiedlich beurteilten Rückhalt in der eigenen Bevölkerung eingegangen werden.*

Die Weltöffentlichkeit hat sich in den letzten Monaten in besonderem Maße dem „revolutionären Afrika“ zugewandt. Dieses Interesse wurde zum Teil durch den Ökumenischen Rat der Kirchen gefördert, dessen Entschluß, im Rahmen des *Anti-Rassismus-Programmes* gewissen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika nicht-militärische Unterstützungen zu gewähren, im deutschen Sprachraum eine große Diskussion ausgelöst hat. Zum andern Teil waren es die Ereignisse selbst, die dazu beigetragen haben, den revolutionären Strömungen Afrikas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Im ostafrikanischen Land Uganda hat am 25. Januar 1971 eine Gruppe von Militärs in einem beinahe unblutigen Putsch den Staats-

präsidenten Obote seiner Macht enthoben. In den westafrikanischen Staaten Guinea und Kamerun fanden politische Prozesse statt, die die akute Bedrohung dieser Regierungen durch umstürzlerische Bewegungen sichtbar machten. Dabei wurde auch die katholische Kirche direkt betroffen. In Conakry wurde Erzbischof *R. M. Tchidimbo* als Mitglied der „Fünften Kolonne des Vatikans“ denunziert und von einem politischen „Gerichtshof“ zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. In Yaoundé (Kamerun) wurde der ehemalige Bischof von Nkongsamba, *A. Ndongmo*, wegen angeblicher Beteiligung an einem Komplott gegen die Regierung Ahidjo zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt.

### Die nachkoloniale Führungsschicht

Diese Ereignisse haben von neuem klargemacht, wie schlecht man im Westen über die *hintergründigen Bewegungen* in afrikanischen Staaten orientiert ist und wie überraschend daher weitreichende politische Änderungen in Afrika eintreten können. Dieses plötzliche Aufbrechen von Konfliktsituationen in Afrika wirkt auf die Länder der nördlichen Hemisphäre sehr beunruhigend, denn fast jede auch noch so lokale Krise kann weltpolitische Folgen haben, die einer Störung des Friedens auf internationaler Ebene gleichkommen. Es darf daher als eine dringende Notwendigkeit westlicher Informationspolitik gelten, die internen Entwicklungen afrikanischer Länder langfristig und gründlich zu verfolgen.

Wenn im folgenden von „Revolution“ oder „revolutionären Bewegungen“ die Rede ist, sind damit alle jene Bewegungen gemeint, die einen *grundsätzlichen sozio-ökonomischen Wandel in ihrer Gesellschaft* anstreben („horizontale Revolutionen“). Die angestrebte Neuverteilung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Macht innerhalb der einzelnen Länder kann in vielen Fällen aber nur durch die Entmachtung der herrschenden Schichten („vertikale Revolution“) erreicht werden. Somit stellt sich Re-